

Alternativlos bleibt die Kritik

ALTERNATIVLOS hieß das Unwort des Jahres 2010. Folgt man dem Germanisten H.D. Schlosser bedeutet alternativlos: „es lohnt sich nicht mehr, darüber zu reden. Das ist in der Politik gefährlich.“

Betrachtet man zum Beispiel die politischen Vorgänge rund um die Finanzkrise und wie auf diese Krise reagiert wird – jüngstes Beispiel ist Griechenland, dem rigorose Auflagen zur Sanierung seines Staatshaushalts gemacht werden – so werden die gleichen Maßnahmen zur Konsolidierung empfohlen, die immer und gebetsmühlenartig in solchen und ähnlichen Situationen empfohlen werden. Es scheint also keine Alternativen zu geben. Eine vom Neo-Liberalismus geprägte Wirtschaft und in ihrem Gefolge eine Politik für *die Masse, die also von daher (...) Mittelmaß ist*, empfiehlt eine Austeritätspolitik, die wie meistens in Krisen, die Menschen in ihren konkreten Lebenssituationen trifft und auf der anderen Seite die globalisierte Wirtschaft entlastet. „Die Rezepte der Mainstream-Ökonomie bleiben die alten: Rückbau des Staates über eine Austeritätspolitik und weitere Beschneidung der Sozialleistungen.“ (Memorandum 2011)

Diese TRANSFORMATION bzw. dieser Umbau der Gesellschaft findet seinen Ausdruck beispielsweise darin, dass „einen Monat nach Friedmans Tod, (...) bei einer UN_Untersuchung heraus(kam), dass >>die reichsten zwei Prozent aller Erwachsenen auf der Erde über mehr als die Hälfte des weltweiten Haushaltsvermögens verfügen<<. Die krassesten Dimensionen hat diese Umschichtung in den Vereinigten Staaten erreicht, wo 1980 – als Reagan seinen Friedman’schen Kreuzzug startete – im Durchschnitt ein Vorstandsvorsitzender 43-mal so viel verdiente wie ein Arbeiter; 2005 strichen die Unternehmenslenker 411-mal so viel ein. Für diese Topmanager stellt die Gegenrevolution, die in den fünfziger Jahren im Untergeschoss der Chicagoer Sozialwissenschaftlichen Fakultät begann, wahrhaftig einen Erfolg dar; doch dafür ist der Preis zu zahlen gewesen, dass immer mehr Menschen den Glauben an die zentrale Verheißung der Marktwirtschaft verlieren, wachsender Wohlstand komme allen zugute. Wie Senator Webb im Wahlkampf 2006 sagte: >>Wirtschaftlich ist nichts von oben nach unten durchgesickert.<<“ (Naomi KLEIN (2007): Die Schockstrategie. S. 672)

Vergleichbares gilt auch für unsere Wirtschaft. Löhne stagnieren seit Jahren; die Zahl der prekären Beschäftigungsverhältnisse wächst (400-Euro Jobs, Zeitarbeit, befristete Arbeitsverhältnisse etc.) und gleichzeitig steigen die Gewinne der Firmen und die Gehälter der Topmanager, wie Statistiken belegen.

Was die kanadische Autorin Naomi Klein, aber auch die Autoren des MEMORANDUM 2011 beschreiben, ist erhellend und klärt auf. Es folgt dem Leitmotiv, jede Macht braucht ihre Kritik. Naomi Klein beschreibt, wie Staaten in Abhängigkeiten geraten und wie es dem Neoliberalismus der Chicagoer Schule gelingt, den Primat der Politik zu untergraben. Politik (bei uns) ist nur noch der Spielraum, den die Wirtschaft ihr lässt. So drückt es ein bekannter Kabarettist aus. Das uns beherrschende Paradigma ist nicht (mehr) die Politik, sondern die Wirtschaft. Staaten und Gemeinwesen werden vom Neoliberalismus als Gebilde gesehen, die man aussaugen kann. Für ein Gemeinwesen aber ist es fatal, wenn Schulen, Gesundheitswesen, Sicherheit und andere gesellschaftliche Kernbereiche privatisiert werden. Denn was zurückbleibt ist hohl, nur noch Hülle ohne Substanz, wie z.B. Hochschulen, die „ihre im Grundgesetz verankerte Freiheit von Forschung und Lehre aufgeben, da sie am Tropf der öffentlichen und privaten Drittmittel hängen, die ihrerseits beispielsweise durch inhaltliche Kriterien die Forschungsinhalte sowie die Forschungseinrichtung der Hochschulen festlegen.“ Für den Hochschulbereich gilt, dass die „rückläufigen Grundmittel Ausdruck der dominierenden neoliberalen Ideologie sind, die Markt als optimalen Steuerungsmechanismus und die Privatisierung öffentlicher Leistungen als effizient und effektiv ansieht. Daraus wird als dominanter Problemlösungsansatz das Konzept der „autonomen“, unternehmerischen oder auch „entfesselten“ Hochschule abgeleitet, die wie ein Unternehmen im Wettbewerb mit anderen Hochschulen stehen soll.“ (Memorandum 2011, S. 247) In der Bildung geht es aber nicht nur um die reine Vermittlung von Information und Wissen, sondern auch um Persönlichkeitsbildung und um die Vermittlung von Werten. *Im Zentrum von Kompetenz-Konzepten und modularen Studiengängen steht die Fähigkeit, Aufgaben lösen zu können – nicht mehr die Frage nach deren Sinn und Zweck.* Treffender als der Philosoph K. Liessmann in der *Theorie der Unbildung* hat die Transformation im universitären Bereich kaum jemand ausgedrückt: „Die symbolische Besetzung der

Universität war, dass der Geist frei ist. Die symbolische Besetzung heute ist, dass der Geist berechnet wird.“ Gegen diesen Ausverkauf muss man sich wehren. Hier ist Kritik und wäre auch Empörung angebracht.

An der Oberfläche sieht man nichts, aber darunter brennt es bereits. - Hier und heute sieht man, wohin die Friedman'sche Ideologie geführt hat. „Die Haltbarkeit dieser Legenden (Der freie Markt regelt alles.) verwundert allerdings umso mehr, als selbst ein gesunder, d.h. ein eher geschäftsmäßig gestimmter Menschenverstand daran zu zweifeln begann, dass Wachstum Beschäftigung schafft, Privatisierung Vorsorgestandards verbessert, der Markt auf fairen Wettbewerb baut und Konkurrenz überhaupt zur allgemeinen Verteilung von Wohlstandseffekten beiträgt. [...] Man kann Märkte nicht vor ihren Krisen und Eindrücken bewahren, aber man kann die Abhängigkeit von ihnen reduzieren. Konsumgüter und Vermögenswerte, Arbeitskraft, Gesundheit, Ausbildung oder natürliche Ressourcen lassen sich nicht nach ein- und derselben Marktlogik vertreiben, sie lassen sich nicht gleichermaßen durch einen alles (de)regulierenden Marktmechanismus >kapitalisieren<. Noch das jüngste und verständliche Begehren der Finanzindustrie nach einer Rettung durch Sozialisierung hat ungewollt demonstriert, dass selbst Geld, Kapital und Liquidität nicht einfach private Güter in privaten Händen zu privaten Zwecken sind, sondern ein öffentliches, d.h. alle betreffendes und bewegendes Gut.“ (Joseph VOGL (2010/2011): Das Gespenst des Kapitals. S. 175f.)

Wenn man davon ausgeht, dass es *nicht nur unter der Oberfläche brennt*, sondern dass es inzwischen ein (weit)verbreitetes Unbehagen an der Gesellschaft gibt, wie z.B. am Inzest-Milieu von Politik und Wirtschaft (siehe hierzu: MON DIEU, Süddeutsche Zeitung. 21./22. Mai 2011 – Die Seite Drei.) dann werden kritische Publikationen wie die bisher erwähnten immer wichtiger. Obwohl, oder besser - weil die öffentliche und mediale Resonanz auf das MEMORANDUM 2011 eher gering ist, was die Mainstream-Medien betrifft, ist es umso wichtiger, darauf hinzuweisen, dass es neben den offiziellen Regierungsverlautbarungen und neben den fast immer gleichen Ratschlägen sogenannter Wirtschaftsweiser, auch eine andere, analytische und an Fakten orientierte Darstellung der Wirtschaftspolitik gibt, in der es auch um Alternativen geht.

Im MEMORANDUM 2011 wird nachdrücklich darauf hingewiesen, dass das *Ziel der demokratisch gewählten Politik immer das Allgemeinwohl der Bevölkerung (sein muss) und nicht das Streben partikularer Kapitalinteressen nach maximalem Profit*; denn es geht auch *um ethische Belange in der Ökonomie, um die Freiheit der Individuen durch eine Zurückdrängung von entwürdigenden ökonomischen Abhängigkeiten und Fremdbestimmungen*. In diesem Zusammenhang ist es wichtig zu sehen, dass es „in den Unternehmen (und auch in den Verwaltungen, U.D.) immer weniger Mitbestimmung der abhängig Beschäftigten (gibt). Autokratische und paternalistische Führungsstile sind auf einzelwirtschaftlicher Ebene an der Tagesordnung.“ (MEMORANDUM 2011. S. 43) Solange sich an diesen Verhältnissen und an der zu beobachtenden Tendenz zu einer Re-Feudalisierung der Gesellschaft (Stichworte sind hier: Lobbyismus, Korruption und Vetternwirtschaft) nichts ändert oder bewegt in Richtung einer ökonomischen Demokratietheorie und in eine Richtung, die die Menschen auch als Arbeitnehmer als erwachsene Menschen behandelt und schätzt, solange wird die Wirtschaft mit ihren Ideen und Ideologien erfolgreich der Politik Vorgaben machen können, zumal sie besser und schlagkräftiger organisiert ist als Politik und Arbeitnehmer. Die Aufgabe der Kritik und die Aufgabe von Arbeitsgruppen wie der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik ist es, für diese Zusammenhänge Bewusstsein zu schaffen und Argumente auf der Grundlage von Zahlen und Fakten zu liefern, die es ermöglichen, wenigsten Alternativen zum vermeintlich alternativlosen Mainstream zu denken. Denn: „Konkurrenzverhalten auf den Finanzmärkten, so viel weiß man, führt eben nicht automatisch Gemeinwohl herbei. Ein interessantes Geschäftsmodell ist kein hilfreiches soziales Programm, und gegenwärtige Volkswirtschaften werden ganz direkt mit der Frage konfrontiert bleiben, ob und wie lange sie sich die Finanzierung ihrer kapitalistischen Funktionsideen und Strukturen leisten können.“ (Joseph VOGL (2010/2011): Das Gespenst des Kapitals. S.178)

Dies bedeutet, dass man ein MEMORANDUM, welches auch immer, sowie die Arbeit von Wissenschaftlern ernst nehmen sollte, will man nicht in den Verdacht geraten, wegen vermeintlicher Zeitnot oder wegen politischer Zwänge *Sorgfaltswidrigkeiten zum bewussten Arbeitsstil erhoben zu haben*. Diese Erkenntnis gehört(e) zu jedem seriösen Regierungshandeln dazu. Insofern bleibt Kritik alternativlos.

Empfohlene Literatur zum Thema (Auswahl):

MEMORANDUM 2011. Strategien gegen Schuldenbremse, Exportwahn und Eurochaos. Hrsg.: Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik. PapyRossa Verlag, Köln 2011

Josep **VOGL**: Das Gespenst des Kapitals. diaphanes, Zürich 2010/2011

Naomi **Klein**: No Logo. Der Kampf der Global Players um Marktmacht. Ein Spiel mit vielen Verlierern und wenigen Gewinnern. Riemann Verlag, München 2002

Naomi **Klein**: Die Schockstrategie. Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus. S.Fischer, Frankfurt a.M. 2007